

Antwort DVPB Wahlprüfstein

20.07.2022

1. Frage

Werden Sie sich in der kommenden Legislatur dafür einsetzen, politische Bildung mit dem notwendigen Verfassungsrang auszustatten?

Antwort Frage 1

Das Erstarken des Rechtsextremismus in den vergangenen 50 Jahren und die verschiedenen gefährlichen Strömungen der Demokratieverachtung, die beispielsweise während der Corona-Pandemie zum Vorschein kamen, machen deutlich: Ein lebendige Demokratie, die widerstandsfähig ist gegen Rechtsextremismus, Ressentiments und Verschwörungsmymen, bedarf auch kontinuierlicher Aufklärung und (Bildungs-)Arbeit.

Wir Grüne wollen daher ein Landesdemokratiefördergesetz schaffen, um die zivilgesellschaftliche Demokratiearbeit langfristig auf ein solides Fundament zu stellen. Es soll das Demokratiefördergesetz der neuen Bundesregierung ergänzen und die optimale Verzahnung mit Landes- und Bundesförderung zur Stärkung der vielfältigen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Niedersachsen sicherstellen.

2. Frage

Werden Sie sich für die Stärkung der Politischen Bildung als Unterrichtsfach einsetzen? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen planen Sie? Wie wollen Sie dem Mangel an Fachlehrkräfte und dem fachfremd erteilten Politikunterricht an allen Schulformen entgegenwirken?

Antwort Frage 2

Politische Bildung an den Schulen ist wichtiger denn je. Sie spielt gerade in der aktuellen Situation eine Schlüsselrolle, in der - zum Teil gezielte - Falschinformationen zu einer wesentlichen Gefahr für die öffentliche Debatte geworden sind. Dennoch haben SPD und CDU die Politische Bildung an Schulen in ihrer wichtigen Funktion nicht gestärkt. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf und wollen nachsteuern. Wir wollen die Demokratiebildung an Schulen finanziell besser vergüten und durch entsprechende Lehrer*innenfortbildungen und begleitende Projekte fördern.

3. Frage

*Planen Sie konkrete Schritte, wie beispielsweise die Einrichtung zweckgebundener Haushaltsmittel für jede Schule zur Förderung der politischen Bildung (bspw. für Projekte und Kooperationen) oder die Ausweitung von Anrechnungsstunden für Kolleg*innen, die sich für die Etablierung von politischer Bildung als Querschnittsaufgabe engagieren (bspw. über Projekte oder Arbeitsgemeinschaften)?*

Antwort Frage 3

Wir wollen die wichtige Arbeit der vielfältigen Jugendverbände, Träger der Jugendarbeit und Schulen für politische Bildung besser fördern. Dazu zählt eine bedarfsgerechte Erhöhung der Zuwendungen und eine Verstetigung von Projektmitteln ebenso wie der Abbau bürokratischer Hürden. Zu diesem Zweck werden wir das Jugendfördergesetz novellieren und an die Bedürfnisse der modernen Jugendarbeit anpassen. Die Angebote der politischen Jugendbildung planen wir weiter zu entwickeln und stärken die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung.

4. Frage

Wie planen Sie die Bildungsstätten, Vereine und Initiativen im Land zu unterstützen, die einen wesentlichen Beitrag für eine vielfältige politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Niedersachsen leisten?

Antwort Frage 4

Auch über die Arbeit der Landeszentrale hinaus ist politische Bildung zentraler Bestandteil der Bildungsarbeit. Den anerkannten Träger*innen nach den Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz wollen wir Politische Bildung finanziell besser vergüten. Gleiches gilt auch für die Strukturen im organisierten Sport in Niedersachsen.

Mit großen und etablierten Einrichtungen ebenso wie mit kleinen Initiativen streben wir eine enge Zusammenarbeit an. Eine weitreichende Förderung von Projekten zum Ausstieg aus Rechtsextremistischen- und Verschwörungsmythischen Szenen wollen wir sicherstellen. Einen Generalverdacht gegen Initiativen, die sich in der Arbeit gegen Rechtsextremismus engagieren, und eine Überprüfung durch den Verfassungsschutz ohne konkreten Anlass lehnen wir ab.

5. Frage

Planen Sie die finanziellen Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung auszubauen? Falls ja, in welcher Größenordnung? Welche weiteren Maßnahmen zur Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung planen Sie?

Antwort Frage 5

Wir Grüne werden, wie wir es bereits in der Vergangenheit immer in unseren Änderungsanträgen zum Landeshaushalt getan haben, in den kommenden Jahren zusätzliche Mittel für die Landeszentrale bereitstellen und ihren Ausbau begleiten, denn die Erwachsenenbildung und die Landeszentrale für politische Bildung leisten wichtige Beiträge für mehr Chancengerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe, Integration, Weiterbildung und Fachkräftesicherung sowie zur politischen Bildung. In den letzten Jahren ist noch deutlicher geworden, wie wichtig eine kontinuierliche politische Bildung ist, um Verschwörungsmythen, bewussten Falschmeldungen und Demokratiefeindlichkeit möglichst wenig Raum zu geben.